

.. und die Großen lässt man laufen - Alternativer Drogenbericht 2017

Noch immer gibt es kein Verbot für Tabakwerbung und mehr Polizeiermittlung bedeutet nicht weniger Drogenkriminalität, kritisiert der Alternative Drogen- und Suchtbericht 2017. Ein bisschen Positives gibt es aber auch.



© picture alliance/APA/picturedesk.com/H. Fohringer

Der Alkoholkonsum ist zurückgegangen. Das "Koma-Trinken" unter jungen Leuten hat abgenommen. "Natürlich gibt es nach wie vor Rauschtrinken", so Heino Stöver von [akzept e.V.](#) – dem Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, der den [Alternativen Drogenbericht](#) verfasst hat. "Der Trend scheint aber erst einmal gebrochen. Es gibt aber auch nicht den Jugendlichen, der nur mal am Alkohol nippt. Bei vielen geht es um die Wirkung von Alkohol", sagt Stöver. Bei Erwachsenen hingegen stehe beim Alkoholkonsum eher der Geschmack und der Genuss im Mittelpunkt.

Deutschland sei nach wie vor ein Hochkonsumland. Das bestätige auch eine neuere Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, BZgA. Demnach ist der Alkoholkonsum bei Erwachsenen und bei Jugendlichen im letzten Jahr allerdings zurückgegangen.

Schlechte Noten für Deutschland

Beim Rauchen schneidet Deutschland nicht gut ab. Der Tabakatlas bringt es an den Tag: Im Ranking der europäischen Tabakkontrollpolitik steht Deutschland auf dem vorletzten Platz, England hingegen auf Platz Eins. Was machen die Engländer anders als die Deutschen? Zunächst einmal gibt es auf der Insel keine Zigarettenautomaten - hierzulande hingegen stehen etwa 300.000. Außerdem gibt es in Deutschland noch immer kein Werbeverbot für Tabakprodukte. Das ist einer der Hauptkritikpunkte von "akzept" an der Politik der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Marlene Mortler. Sie hätte schon längst handeln müssen, so der Verband.

Der Tabakatlas beschreibt die jeweilige Tabakpolitik und -strategie der einzelnen Länder und bewertet die internationalen Vorgaben in der sogenannten "Framework convention for tobacco control". Darin sind verschiedene Regulationsmechanismen aufgeführt. Auch Deutschland hat sich dazu verpflichtet, die Vorgaben einzuhalten, die der Tabakatlas kontrolliert und beobachtet.



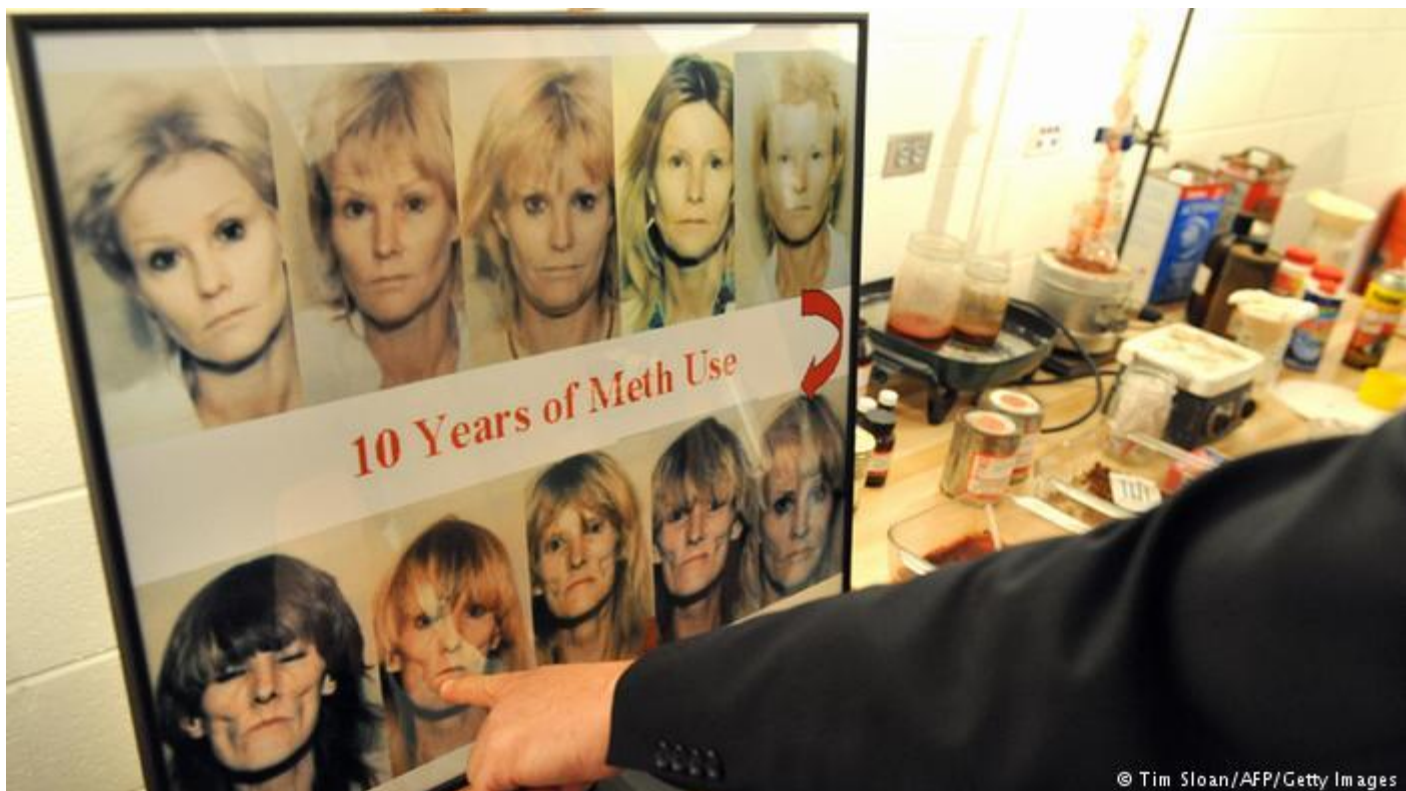
Im Januar 2017 stimmte die Bundesregierung für die Einführung von Marihuana auf Rezept

Als eindeutig positiv sieht der Alternative Drogen- und Suchtbericht das [neue Gesetz](#) zu Cannabis als Medizin. Es sei ein Reflex der Bundesregierung auf die zunehmende Zahl von Klagen, die Konsumenten eingereicht hatten und die in einem rechtlich unsicheren Raum belassen worden seien. Dazu gehören Schmerzpatienten und Menschen mit anderen schwerwiegenden Belastungen. "Cannabis ist eben nicht nur eine Droge, sondern auch eine Medizin. Das ist verschüttet gegangen, jetzt wurde die therapeutische Wirkung wiederentdeckt."

Das größte Sorgenkind

Laut Alternativem Drogen- und Suchtbericht ist die Anzahl der Drogentoten 2016 zum vierten Mal in Folge um etwa neun bis zehn Prozent höher als im Vorjahr. Auch die Rauschgiftdelikte, die polizeilich ermittelt wurden, sind weiterhin angestiegen und liegen bei einem neuen Höchststand von 302.000 im letzten Jahr. 80 Prozent seien sogenannte Konsumdelikte oder konsumnahe Delikte, bei denen es um Rauschgift für den Eigenbedarf gehe, so Heino Stöver. "Wir lagen vor 10 Jahren noch bei einem Anteil von 60 Prozent an konsumnahen Delikten. Mittlerweile liegen wir bei 80 Prozent. Die Hälfte davon sind Jugendliche und Heranwachsende."

Junge Leute würden durch polizeiliche Ermittlungen stigmatisiert, abgestempelt als Kiffer, als Junkies oder Fixer. Dealer aber werden nur selten gefasst. "Ein Dealer fragt nicht, ob man schon 18 Jahre alt und sich sicher ist, dass man die Drogen kaufen will", sagt Stöver. Durch die Prohibition werde das Geschäft weiter befeuert und befördert, sodass die Dealer Höchstpreise nehmen können. Verbote seien kontraproduktiv.



Der Konsum von Crystal Meth zeigt schon nach kurzer Zeit verheerende Folgen

Auch der Umgang mit synthetischen Drogen ist nach wie vor akut. Für eine wirkungsvolle Strategie hält Stöver hier das Drug-Checking. Berlin und Hessen wollen dieses Modell jetzt umsetzen: Pillen könnten so auf ihre Inhaltsstoffe getestet werden, auf die Zusammensetzung und Reinheit. "Das wäre ein sehr, sehr sinnvolles Vorgehen." Auch beim Konsum der Designerdroge Crystal Meth setzen Stöver und akzept e.V. auf Aufklärung und Schadensbegrenzung. Welche Schäden können bei unsachgemäßer Herstellung auftreten? Kann man weitere Schäden vermeiden? "Das ist ein Diskurs, der noch nicht einmal begonnen wurde", kritisiert Stöver die Arbeit der Bundesdrogenbeauftragten.

Neu ist Crystal Meth nicht. Im Zweiten Weltkrieg wurde es unter dem Namen Pervitin an Soldaten gegeben, um sie nahezu unbegrenzt leistungsfähig zu halten. 36 Stunden ohne Schlaf waren keine Seltenheit. Und dieser Stoff habe in der Leistungsgesellschaft offenbar wieder eine neue Bedeutung erlangt, gibt Stöver zu bedenken.



Stöver: Drogen müssen in sicherem und sauberem Umfeld konsumiert werden können

Dringende Maßnahmen

Mehr Räume, in denen Drogen unter hygienischen Bedingungen konsumiert werden können, müssten eingerichtet werden. Das ist einer der Vorschläge von akzept. "Wir haben 24 Drogenkonsumräume in Deutschland, aber nur in sechs Bundesländern. Die anderen zehn Bundesländer haben noch nicht einmal die rechtliche Grundlage dafür erarbeitet", warnt Stöver.

Außerdem solle jeder Haushalt, in dem ein Drogenabhängiger lebt, über ein Antidot verfügen. Das ist eine Substanz, die ein Gift inaktiviert oder zumindest die Wirkung herabsetzt. Naloxon ist eine solche Substanz. "Es gibt sie in der Notfallmedizin. Es bringt die Heroinwirkung sofort auf null, reißt das Opioid vom Rezeptor und die Menschen werden sofort nüchtern und klar."

Die Zunahme am Drogenkonsum sei unabhängig von polizeilichen Aktivitäten gestiegen, so die Verfasser des Alternativen Drogen- und Suchtberichts. Er zielt darauf ab, sich mehr Gehör zu verschaffen und eine sachliche Debatte zu führen. "Wir wollen eine evidenzbasierte Drogenpolitik, die sich an wissenschaftlichen Fakten orientiert, statt an parteipolitischen Glaubenssätzen." Solange das nicht der Fall sei, werde man nicht müde, Gegenöffentlichkeit aufzubauen.

Kritik an Drogenpolitik der Bundesregierung

Dienstag, 30. Mai 2017



/WavebreakmediaMicro, stock.adobe.com

Berlin – Eine „Gegenöffentlichkeit“ herstellen wollen die Herausgeber des Alternativen Drogen- und Suchtberichts 2017, der in diesem Jahr zum vierten Mal erscheint. In der Kritik ist dabei vor allem die Drogenpolitik der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Marlene Mortler (CSU).

„Mortler legt ihre parteipolitischen Scheuklappen nicht ab – wir brauchen eine weniger ideologiebehaftete Drogenpolitik“, erklärte Heino Stöver, Vorstandsvorsitzender von [akzept](#), Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, heute bei der Vorstellung des Berichts in Berlin. Der Verband ist der Herausgeber des [Alternativen Drogen- und Suchtberichts](#).

Roter Teppich für Hersteller

Stöver kritisierte zunächst, dass Deutschland das einzige Land in Europa sei, das erlaube, für Alkohol und Zigaretten zu werben. Allein 330.000 Zigarettenautomaten gebe es in Deutschland. „Wir sind in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland und haben den Herstellern legaler Drogen den roten Teppich ausgerollt“, sagte der Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences.

Dabei gebe es jährlich 110.000 tabakbedingte vorzeitige Sterbefälle und 74.000 alkoholbedingte Sterbefälle. Als notwendige Präventionsmaßnahmen nannte Stöver massive

Preiserhöhungen für beide Drogen sowie einen Zugang für Bier- und Weinprodukte erst ab 18 Jahren. „Die Bundesregierung tut hier seit Jahren nichts“, kritisierte der Suchtforscher.

Strafrecht für Kiffer und Werbung für Kippen

Die „Paradoxien der gegenwärtigen Drogenpolitik“ nahm Bernd Wense von der [European Society für Social Drug Research](#) der Goethe-Universität Frankfurt in den Blick. „Wir haben ein Strafrecht für Kiffer und machen Werbung für Kippen.“ Das sei nicht verhältnismäßig. Die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) seien in diesem Jahr erneut um sieben Prozent gestiegen. „Die meisten Verstöße sind Bagatelldelikte, die eingestellt werden – das ist sinnlose Polizeiarbeit“, kritisierte der Sozialwissenschaftler. „Gleichzeitig bewirkt eine restriktive Verfolgung von BtMG-Verstößen keine niedrigeren Konsumraten: Bayern ist hier das beste Beispiel“, betonte Wense.

<https://www.jungewelt.de/>

junge Welt

Gegründet 1947 - Sa. / So., 3. / 4. Juni 2017, Nr. 128

<https://www.jungewelt.de/artikel/311581.drogenfreie-gesellschaft-wird-es-nicht-geben.html>

Aus: [Ausgabe vom 01.06.2017](#), Seite 8 / Inland

»Drogenfreie Gesellschaft wird es nicht geben«

Umgang der Bundesregierung mit den Suchtmitteln ist gescheitert. Repression muss zurückgefahren werden. Gespräch mit Urs Köthner

Sie haben am Dienstag mit Kollegen den vierten Alternativen Suchtbericht in Berlin vorgestellt. Tenor des Reports: Die offizielle Drogenpolitik ist gescheitert. Wie kommen Sie zu dem Schluss?

Die vorherrschende Prohibitionspolitik hat die Verfügbarkeit von Drogen nicht eingeschränkt und produziert erhebliche Kollateralschäden und Kosten für Drogengebraucher und die gesamte Gesellschaft. Die Gefahren, welche durch Drogen verursacht werden können, werden nicht reduziert, sondern durch diese Politik potenziert. Eine drogenfreie Gesellschaft hat es nie gegeben und wird es auch nicht geben.

Derzeit werden Millionen in den »Kampf gegen die Dealerszene« investiert.

Ja. Es wird versucht, mit polizeilicher und strafrechtlicher Repression »das Drogenproblem« zu lösen oder wenigstens weniger sichtbar zu machen, wie aktuelle Beispiele im Görlitzer Park – Stichwort: Null-Toleranz-Zone – und die Taskforce der Polizei in Hamburg zeigen. Solche Maßnahmen kosten sehr viel Geld, das bei der Gestaltung von Präventions- und Hilfsangeboten fehlt.

2012 starben rund 1.000 Menschen an den Folgen des Konsums illegalisierter Drogen. Seitdem stieg die Zahl der Toten kontinuierlich an, im vergangenen Jahr waren es 1.333. Wie kommt es dazu?

Die meisten Todesfälle stehen im Zusammenhang mit Opioiden, 60 Prozent. Hier gibt es erprobte Präventionsmaßnahmen, die seit Jahren von Fachverbänden eingefordert werden. Drogenkonsumräume retten seit 1994 Menschenleben, trotzdem gibt es sie, mit sehr eingeschränkten Kapazitäten, in nur sechs Bundesländern. Naloxon-Vergabe und Notfalltraining für Drogengebraucher ist eine weitere, seit Jahren bestehende Forderung. Außer vereinzelt, sehr begrenzten Modellprojekten in Berlin, Frankfurt, Bochum, Köln und aktuell in München regt sich nichts in Deutschland, obwohl es weltweit gute Erfahrungen damit gibt.

Wie retten diese Räume Leben?

In Drogenkonsumräumen können selbst mitgebrachte Drogen, wie Heroin, Kokain, Crack, Amphetamine, Benzodiazepine unter Aufsicht konsumiert werden. Die Mitarbeiter sind in erster Hilfe geschult, begleitende und weiterführende Angebote stehen zur Verfügung. Dort, wo sie mit Unterstützung der Politik eingeführt wurden, retten multiprofessionelle Teams fast täglich Menschenleben und leisten wertvolle Hilfen. Gegenwärtig gibt es 23 solche Räume in 14 Städten.

Ist es richtig, dass eine Ursache für die Zunahme der Todesfälle der aus der Illegalität der Substanzen resultierende schwankende Reinheitsgehalt und die Streckung ist?

Ja, illegalisierte Drogen werden zur Profitmaximierung mit Streckmitteln gepanscht, häufig mehrfach, da sie, bis sie beim Endverbraucher ankommen, durch mehrere Hände gehen. Dadurch werden sie unkalkulierbar. Nicht selten sind die Streckmittel gefährlicher als die Drogen selber.

Wie hilft Naloxon?

Naloxon ist ein Opiatantagonist (der Stoff verdrängt Opiate, *jW*), der schon seit über 40 Jahren in der Notfallmedizin zur Behandlung von Opiatüberdosierungen eingesetzt wird. Seine Verabreichung ist der schnellste bekannte Weg, um lebensbedrohliche Auswirkungen einer Überdosierung innerhalb weniger Minuten aufzuheben. Viele tödliche Opiatüberdosierungen könnten vermieden werden, wenn Naloxon in Deutschland flächendeckend allen Konsumierenden sowie ihren Angehörigen, Freundinnen und Freunden und Bekannten zur Verfügung stehen würde.

Seit Jahrzehnten hält die Politik wider besseres Wissen am Abstinenzdogma fest. Warum?

Je länger man sich mit dem Thema beschäftigt, desto mehr schält sich heraus, dass dieses Drogenverbotssystem letztlich wirtschaftlich motiviert ist und leider zu wenig wissenschaftliche Erkenntnisse widerspiegelt und berücksichtigt. Das sind keine neuen Kämpfe. Wir müssen weg von einer strafrechtsdominierten Kontroll- und Verbotspolitik, hin zu einer gesundheitspolitischen, die Selbstverantwortung fördernden Orientierung, zu regulierten Drogenmärkten mit Qualitätskontrollen, Verbraucher- und Jugendschutz.

Urs Köthner ist Geschäftsführer des Vereines Freiraum, der in Hamburg einen Drogenkonsumraum betreibt. Er ist zudem im Vorstand von »Akzept – Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik«